Die Parteigrenzen der Emanzipation

Autor(en): **Pinkus, Theodor**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **1 (1981)**

Heft 1

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651540

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Theodor Pinkus

DIE PARTEIGRENZEN DER EMANZIPATION

Die Genossinnen und Genossen der polnischen Bruderpartei sind durch die Macht der letztjährigen Streiks, die sich ausserhalb der von der Partei geleiteten Gewerkschaften entwickelt haben, sowie der daraus entstandenen unabhängigen Gewerkschaftsbewegung gezwungen, die Rolle der Partei neu zu überdenken. Im Abkommen von Gdansk haben die Arbeiter das Faktum der Staatsleitung durch die Kommunisten anerkannt. Das Abkommen besagt aber zugleich, dass sich die neuen unabhängigen Gewerkschaften, hervorgegangen aus grossen Arbeiterkämpfen, wohl mit der Partei verständigen können, dass sie gemeinsame Aufgaben in Wirtschaft und Gesellschaft lösen wollen, dass sie aber **nicht mehr** wie die früheren, noch bestehenden, Gewerkschaften **unter der Kontrolle der Partei** und ihrer Fraktionen in der Gewerkschaft stehen.

Die Schwierigkeiten, ein solches Abkommen mit der bisherigen, von Lenin entwickelten (und von Stalin ausgebauten) Parteitheorie in Übereinstimmung zu bringen, gelten nicht nur für unsere Bruderparteien, die den Staat und die Gesellschaft führen, sondern für alle Kommunisten in der Welt. Für die Kommunisten in den westlichen Ländern, besonders bei uns in der Schweiz, sind sie allerdings kein neues Phänomen. Im Gegenteil. Wir haben immer schon zur Kenntnis nehmen müssen, besonders nach 1968, dass sich viele gesellschaftsverändernde Kräfte, dass sich Organisationen der Gegenmacht zur Bourgeoisie, das heisst der Arbeiterklasse, ausserhalb des Einflusses der Kommunisten befinden und schon gar nicht von ihnen geführt werden. Wir haben in den letzten Jahrzehnten und Jahren etwas gelernt: echte Bündnisse ohne Führungsanspruch einzugehen. In der Anti-AKW-Bewegung, in den vielen Bürgerinitiativen, in und mit den Gewerkschaften arbeiten unsere Genossen ohne Hintergedanken auf "Eroberungen", auf Durchsetzung der führenden Rolle der Partei, loyal und aktiv mit. Die neue Jugendbewegung, die nichts von "Politik" wissen will – worunter diese jungen Arbeiter und Angestellten Parteiklüngelei und parlamentarisches Theater mit dem unausweichlichen Effekt der Durchsetzung des Willens der Herrschenden verstehen –, belehrt uns aufs neue und hat unsere jungen Parteigenossen ohne grosse Schwierigkeiten zu dieser echten Zusammenarbeit erzogen.

Auch im weltpolititschen Massstab haben wir in den letzten Jahren drastisch zur Kenntnis nehmen müssen, dass revolutionäre Umwälzungen keineswegs von den kommunistischen Parteien geführt worden sind. Sicher haben überall die Kommunisten vor dem Erfolg solcher revolutionärer Veränderungen die meisten Opfer gebracht und wesentliche ideologische und politische Arbeit geleistet, die erst den Erfolg dieser Veränderungen möglich machte. In Portugal, in Iran, in Nicaragua waren es aber andere Kräfte, die den Sturz der früher herrschenden Mächte herbeiführten.

Lokal, national und auch international müssen wir also feststellen, dass die führende Rolle der Partei sich durchaus nicht automatisch ergibt. Das hat auch Lenin gelehrt. Umsomehr müssen die Kommunisten, seiner Meinung nach, um diese führende Rolle kämpfen. Das wäre auch heute noch richtig, wenn wir nicht bereits die Grenzen der Parteien im Befreiungskampf des arbeitenden Volkes und der Menschheit erkennen könnten. Mit diesen Grenzen wollen wir uns im folgenden befassen, ohne dabei die Bedeutung der Parteien als Kraft im politischen Veränderungsprozess, als Hilfsmittel oder Vehikel dieser Veränderung und als Arbeitsfeld zu unterschätzen. Die Erkenntnis der Grenzen der Parteiorganisationen, wie sie sich historisch herausgebildet haben, wird uns Kommunisten und Sozialisten erst recht ermöglichen, mit Hilfe unserer Mitwirkung in den Parteien diese Grenzen zu überschreiten, um die Emanzipation im umfassenden Sinn voranzutreiben.

Mit dem alten Menschen eine neue Gesellschaft errichten

Bevor wir auf die drei Hauptprobleme dieser Grenzüberschreitung eingehen, müssen wir noch das Scheitern unserer Versuche eingestehen, den kommunistischen Menschen durch die Partei und ihre Erziehungsmassnahmen nach der Eroberung der Staatsmacht (auch nicht in zwei oder drei Generationen) zu entwickeln und herauszubilden. Immer noch herrscht in den Reihen der Revolutionäre eine Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis. Noch immer leben sie innerlich und äusserlich gespalten in den drei durch die kapitalistische Entwicklung aufgezwungenen Lebensbereichen Privatsphäre-Arbeitswelt-Öffentlichkeit. Das gilt auch im realen Sozialismus. Eine Einheit, die in revolutionären Zeiten durch kleine Gruppen oder einzelne Berufsrevolutionäre kurzfristig oder dann durch Preisgabe des eigenen Lebens vorhanden war, ist in den revolutionären Organisationen niemals auch nur in einer einigermassen bedeutsamen Minderheit verwirklicht worden. Die wirtschaftlichen Abhängigkeiten, die Tatsache, dass die Öffentlichkeit am Fabriktor aufhört, und das wichtigste: das andauernde Patriarchat, zementieren immer wieder die Trennung dieser drei Lebensbereiche und lähmen damit den revolutionären Prozess der Befreiung und der Herausbildung eines allseitig schöpferischen kommunistischen Menschen. Es ist den kommunistischen Parteien, und schon gar nicht den sozialdemokratischen, nie gelungen, als Massenparteien, als kleinere Minderheiten in der Arbeiterklasse diese Trennung zu überwinden. Da nützten alle Theorien und moralischen Appelle nichts. Selbst die heroischen Gestalten einzelner Kämpferinnen und Kämpfer begeisterten wohl die Jugend, führten zur Verehrung durch die Älteren, konnten aber das wirkliche Parteileben und die Parteiorganisation kaum beeinflussen.

Wir massen uns keineswegs an, die grossen Leistungen führender Genossen und erst recht die immense Kleinarbeit der Genossinnen und Genossen der Basis in irgendeiner Weise herabzusetzen. Ohne ihre Leistungen wären wir gar nicht imstande, die zu überwindenden Grenzen zu erkennen. Ohne diese grosse, mehr als hundertjährige, durch Generationen geleistete Arbeit in der Herausbildung

der Gegenmacht gegen das Kapital und den Imperialismus wäre es nicht zu den Fortschritten gekommen, die es jetzt möglich machen, weiter zu denken, zu handeln und in Theorie und Praxis die Befreiung der Menschen von der Herrschaft durch andere Menschen zu verwirklichen.

Noch heute diskutiert unsere Jugend, was die Älteren vor 30, 50 und mehr Jahren als Dilemma erlebten: zuerst neue Menschen und dann eine neue Gesellschaft schaffen oder zuerst die Verhältnisse verändern und so erst die neuen Menschen möglich machen? Die bisherige Arbeiterbewegung mit ihren gewerkschaftlichen Organisationen und Parteien konnte und kann darauf keine Antwort geben. Zu stark sind diese durch die Macht, das herrschende Kapital und das Kapitalverhältnis bestimmt. Mit den Organisationen der Gegenmacht sind wir in sogenannte Sachzwänge, die allerdings von Menschen selbstgemacht sind, verstrickt. In ihnen spiegeln sich antiemanzipatorische Organisationsformen, wiederholen sich bürgerlich-kapitalistische Verhaltensweisen, die allzu oft der eigenen Zweckbestimmung des emanzipatorischen Programms widersprechen.

Das obenerwähnte Dilemma löst sich nicht durch blosse Erziehung, wie es viele gehofft haben. Weder Reformschulen, noch die Erziehung des Menschen in den revolutionären und gesellschaftsverändernden Parteien, noch Moralkodexe sind imstande, die "Sachzwänge", die ständige Manipulation durch diejenigen, die an der Macht sind, zu brechen und zu beseitigen. Die Machtübernahme im klassischen Sinn, wie sie 1917 durch die Bolschewiki im Bündnis mit andern revolutionären Gruppen der Arbeiter und Bauern vollzogen werden konnte, ist heute in den hochkapitalistischen Ländern, in denen wir leben, nicht nachzuahmen. Weder stehen wir einer herrschenden Klasse gegenüber, die "keinen Ausweg mehr sieht", noch haben wir eine Arbeiterklasse, die nicht mehr gewillt ist, die bestehenden Zustände zu ertragen, und schon gar nicht ist eine Partei vorhanden, die imstande wäre, eine solche Situation wie 1917 zur Durchführung der Revolution auszunützen (wie es Lenin in "Staat und Revolution" beschreibt). Und weiter: Sind es denn nicht die alten Menschen, die sehr bald nach einer solchen Revolution unter neuen "Sachzwängen" (die Isoliertheit des Landes, die Nachwirkungen der alten Herrschaft und ihrer Traditionen) verhindert werden, das emanzipatorische Programm zu verwirklichen?

Befassen wir uns nun mit den drei Hauptproblemen, die heute vor uns stehen und deren Lösung nur durch eine Grenzüberschreitung unserer bisherigen Parteipraxis und -theorie möglich ist.

1. Die Männerherrschaft – das Patriarchat

In den 150 Jahren der Arbeiterbewegung, des proletarischen Emanzipationskampfes, ist es nicht gelungen, die eine Hälfte der Menschheit (statistisch sogar etwas mehr als die Hälfte) in diesen Kampf nicht nur formal, sondern auch in Wirklichkeit täglich und überall gleichberechtigt einzubeziehen. Innerhalb der die

Gegenmacht bildenden Arbeiterklasse wälzten die Männer einen Teil der Ausbeutung, der sie selbst unterworfen waren und gegen die sie sich mit Gewerkschaften und mit politischen Parteien wehrten, auf die Frauen ab. Das ist kein moralisches Problem, auch wenn das Verhalten des Einzelnen in seinem konkreten "privaten" Bereich wesentlich zur Veränderung dieser Situation beitragen kann und muss. Die Gewerkschaften und Parteien, sowohl die kommunistischen wie auch die sozialdemokratischen, sind trotz aller Deklarationen und trotz gewisser Bemühungen, "die Frauen heranzuziehen", nicht imstande gewesen und auch heute nicht imstande, das Patriarchat mit all seinen Auswirkungen der Halbierung der Kräfte gegen den gemeinsamen Gegner wesentlich zurückzudrängen oder gar abzuschaffen. Privilegien, die die Männer durch die herrschende Familienstruktur, durch die vom Kapital immer wieder durchgesetzten Arbeitsverhältnisse und Hierarchien erhalten haben, werden nicht freiwillig aufgegeben. Weder ist zu einem solchen Verzicht die herrschende Klasse bereit, noch sind es die Arbeiter und die mit ihnen verbündeten und nahestehenden Angestellten und Angehörigen der Mittelschichten. Hier kann **nur die Autonomie** der Frauenbewegung, deren Macht nicht in den überkommenen Organisationen, sondern in ganz anderer Weise im öffentlichen, an den Arbeitsstätten und vor allem im privaten Bereich ihre Basis hat, die Kraft zur Beseitigung des Patriarchats, der Männerherrschaft, entwickeln.

Wie steht es nun mit den Parteien? Sie sind nach wie vor von Männern beherrscht. Trotz aller Deklarationen sitzen in ihren führenden Gremien nur ganz wenige Frauen. Selbst nach grossen Ereignissen, Streikkämpfen, ja revolutionären Umwälzungen, in denen die Frauen oft an vorderster Stelle stehen, ändern sich diese Gremien (Partei- und Gewerkschaftsleitungen) in keiner Weise. Im Gegenteil – die vielleicht immer noch gefeierten Frauen werden wieder in die hinteren Reihen gedrängt, um sich – wie für die Unternehmer als industrielle Reservearmee – für die Arbeiterbewegung als politische Reservearmee bereitzuhalten.

Es sei hier die fortschrittliche emanzipatorische Frauengesetzgebung in den realsozialistischen Ländern keineswegs in ihrer Bedeutung unterschätzt. Wir verfügen aber nicht nur in der Literatur (Irmtraud Morgner, Maxie Wander und andere) über genügend Zeugnisse der noch nicht überwundenen Schwierigkeiten, trotz dieser Gesetze die bisherigen Konventionen und das bisherige Verhalten der Männer zu ändern. In den führenden Gremien dieser Länder sind nur ganz wenige Frauen zu finden. Bei uns in den kapitalistischen Ländern fehlen teilweise selbst noch diese Gesetze. Zäh wehren sich die Männer und vor allem die hinter ihnen stehenden "Wirtschaftskreise" (alles nur Männer!) dagegen, dass solche Gesetze überhaupt angenommen und dann in die Praxis umgesetzt werden. Unsere den Frauen gutgesinnten Gewerkschaftssekretäre können davon ein Lied singen, wie schwierig es ist, die Frauenlöhne auch nur annähernd auf den Stand der Männerlöhne anzuheben und die "Leichtlohngruppen", die diese schlechtere Bezahlung der Frauen tarnen und sanktionieren, aufzuheben. Kein Wunder, dass

manche Gewerkschaftsfunktionäre, sogar mit Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten Vorarbeiter und anderer Kollegen, denen die doppelte Ausbeutung ihrer Frauen etwas mehr Bequemlichkeit und Konsum bringt, in diesen Fragen immer wieder vor den Unternehmern kapitulieren. Initiativen für die Verteilung der Arbeitszeit auf beide Partner stossen auf Widerstand, nur in wenigen Bereichen werden sie langsam und zäh durchgesetzt. Arbeitszeit, Schulzeit, ja selbst die Architektur der Familienwohnungen – alles ist auf die Ausschaltung der einen Hälfte der Menschheit bei der Selbstbestimmung der ganzen Menschheit ausgerichtet. Die männerbeherrschten Parteiführungen befürchten ihre männlichen Mitglieder zu verlieren, wenn sie sich konsequent für feministische Forderungen einsetzen. Dazu kommt noch, dass auch sie davon profitieren, die aktiven Frauen in der Bewegung in subalternen technischen Hilfsstellungen zu belassen. Erst jetzt, in den Jahren nach 1968, in der neuen Selbstverwaltungsbewegung ändern sich diese Zustände und setzen sich langsam (immer wieder mit Rückfällen) die Gleichberechtigung und Mitbestimmung der Frauen durch.

Weder die heroischen Frauengestalten der Arbeiterbewegung (Flora Tristan, Louise Michel, Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Alexandra Kollontai und viele andere) noch die Aktivität der Frauen in den Revolutionen von 1848 über die Pariser Kommune bis in die letzten Jahrzehnte und ihre Würdigung durch die Männer, dürfen hier als Beweis von Gleichberechtigung herangezogen werden. Wir haben schon erwähnt, was nach diesen Ereignissen vor sich geht. Weder August Bebels "Frau und Sozialismus" – das vielleicht meistverbreitete und am wenigsten befolgte Buch in der klassischen Arbeiterbewegung –, noch wohlformulierte Parteitagsbeschlüsse und -programme inbezug auf die Frauen, noch die Zulassung von eigenen Frauengruppen innerhalb von Parteien haben die Zustände, die Machtverhältnisse innerhalb der Organisationen der Gegenmacht wesentlich verändert. Hier versagen die Parteien, hier braucht es eine Grenzüberschreitung. Sie vollzieht sich in der von allen Parteien unabhängigen autonomen Frauenbewegung. Sie vollzieht sich durch die volle Unterstützung, die Kommunisten und Sozialisten dieser Bewegung schuldig sind. Wir müssen selbst mithelfen, diese Autonomie, diese Kraft gegen die Männerherrschaft in jeder Weise zu fördern, ohne auch nur die geringste Absicht, uns einzumischen oder gar "anzuleiten". Wir müssen wieder lernen, dass hier die Partei keine führende Rolle hat, so wenig sie diese in der eingangs erwähnten Situation in Polen gegenüber den neuen Gewerkschaften einnehmen kann.

2. Die Frage des Wirtschaftswachstums

Das zweite entscheidende Problem, das die Parteien im gesamtgesellschaftlichen Prozess und unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nicht lösen können, ist die Frage des wirtschaftlichen Wachstums.

Dieses ist für die Marxisten bisher unbestrittenes Axiom unter der Formel "Entwicklung der Produktivkräfte" gewesen. Es ist es noch heute in allen offiziellen

Theorien in den kapitalistischen und sozialistischen Ländern, bei den Sozialdemokraten und bei den Kommunisten. Kann dieser Grundsatz aufrechterhalten werden? "Hör blöss mit Maschinenstürmerei auf, denke an die Energiekrise, an das Elend in der dritten Welt und die noch immer riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch der sozialistischen Länder." So sagen viele. Mit diesem "Drandenken" ist das unbeschränkte wirtschaftliche Wachstum, wie es heute unisono von Macht- und Gegenmacht-Verantwortlichen gepredigt wird, jedoch keineswegs gerechtfertigt.

Gewiss wird kein Marxist die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, der Lebensverhältnisse der Werktätigen und vor allem auch die Möglichkeit, werktätig zu sein, d.h. einen Arbeitsplatz zu haben, in irgendeiner Form in Frage stellen. Muss das aber in den Formen, in denen wirtschaftliches Wachstum heute praktiziert wird, geschehen? Muss in den hochkapitalistischen Ländern das entfremdete, menschlichen Bedürfnissen oft ganz zuwiderlaufende wachsende Konsumangebot hingenommen werden? Müssen die sozialistischen Länder die durch den Kapitalismus geschaffenen industriellen Produktionsformen der Grosstechnik und der daraus folgenden entfremdeten Arbeit übernehmen? Können sie nicht auch ohne Wirtschaftswachstum ihre weltpolitische Solidaritätsaufgabe erfüllen? Ein beschränktes Wirtschaftswachstum und die Grosstechnik mit ihren Folgen sind nicht unbedingt voneinander abhängig. Den Ländern der dritten Welt kann geholfen werden, indem sie eigene Produktionsformen für grösseren gesellschaftlichen Reichtum entwickeln. Beispiele gibt es. Die früheren Feudalordnungen liessen ja nicht einmal die ursprünglichen Lebensmöglichkeiten für das Volk zu, und das heutige Elend ist vielmehr die Folge von Kolonialismus und kapitalistischer Ausbeutung als von "naturgegebener Armut".

Müssen also die sozialistischen Länder tatsächlich den Kapitalismus überholen, der doch am Rande des Abgrundes steht, auch wenn nicht er als System, sondern wir als die Opfer hineinfallen? Der "Abgrund" ist die wachsende Gefahr der Selbstzerstörung durch die technischen Erfindungen wie AKW's und die Gross-Chemie mit ihren Umweltgefährdungen, ist die dauernde Vergrösserung des motorisierten Verkehrs und viele andere Schäden, die wir heute noch nicht einmal erkennen. Gewiss, Umweltschutzbestimmungen gibt es hier und dort, sie sind Resultat zähester Bemühungen von Kräften, die fast immer ausserhalb, und nur wenn sie sich entwickelt haben, auch innerhalb der bestehenden Parteien wirken. Ihr Resultat ist dann im besten Fall die Diversifikation und partielle Umleitung der Kapitalströme, die auch dort profitabel sein wollen, wo die angerichteten Schäden behoben werden sollen.

Es geht aber nicht nur um die Umweltschäden, die viele Kräfte, auch konservativ gerichtete, auf die Beine und zu Aktionen gebracht haben. Es geht darum, ob ein maschinisiertes, bis ins letzte technisierte Leben wirklich die Befreiung der Menschen bringen kann. Sind das Überhandnehmen psychischer Schäden und schwerer gesundheitlicher Störungen (z.B. Krebs) nicht deutliche Zeichen, dass die

Technik – ohne in Maschinenstürmerei zu verfallen – gebremst werden muss? Sind in sozialistischen Ländern nicht gefährliche Konvergenzen in der rücksichtslosen Verfolgung des "Wachstums der Produktivkräfte" mit den kapitalistischen Ländern, in denen allerdings die Profitmaximierung im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns steht, vorhanden? Besteht nicht die Gefahr der Selbstvernichtung, der Veränderung des Menschen zum blossen Zubehör der programmgesteuerten Ökonomie? Bringen die wachsenden Gefahren dieser Technik, vor allem der Atomenergie, nicht immer grössere Schutz- und Überwachungsaufgaben mit sich, um eventuelle Sabotagen und Katastrophen zu verhindern? Bedeutet nicht die totale Verplanung der sogenannten Freizeit durch manipulierte Massenmedien und normierteHobbyangebotedie Zerstörung der letzten Reste zwischenmenschlicher Beziehungen und Kreativität? Bedeutet nicht die durch diese Technik bedingte Konzentration und Zentralisierung die Verhinderung jeder Mitbestimmung und Selbstverwirklichung, das Ende demokratischer Gleichberechtigung?

Wir Kommunisten waren immer der Meinung, dass es nur darauf ankomme, wer die Technik beherrsche. Sind es die profitorientierten Kapitalisten oder die gemeinschaftsorientierten Sozialisten? Eine Eisenbahn ist eine Eisenbahn, es kommt darauf an, wer mit ihr fahren kann. So einst Lenin. Gewiss spielen die wirtschaftlichen Ziele – gemeinschaftlicher Wohlstand und Überwindung der Not oder immer abstrakter werdender Maximalprofit – eine grosse Rolle. Aber wenn die gleichen Mittel angewandt werden, die auch die gleichen Schäden und Zerstörungen bewirken, wird dann nicht das sozialistische Ziel, dass alles der Gemeinschaft nütze und die Not überwunden werde, in Frage gestellt?

Selbstverständlich kann das wirtschaftliche Wachstum in der heutigen Form nicht ohne Differenzierung, ohne Wertung und Unterscheidung verschiedener technischer Mittel in Frage gestellt werden. Es gibt ohne Zweifel Möglichkeiten, die im Kapitalismus und auch in den sozialistischen Ländern entwickelte Technik oder wenigstens Teile davon so anzuwenden, dass sie ein freies, dezentralisiertes, noch mit der Natur verbundenes, die menschlichen Beziehungen förderndes Leben erlaubt.

Unsere Parteien und die Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern kennen aber nur eine Sorge im Zusammenhang mit der Technik: die Erhaltung der Arbeitsplätze! Gerade diese werden jedoch durch unser wirtschaftliches Wachstum immer aufs neue gefährdet, denn die neuentstehende Arbeitslosigkeit ist die Folge dieses Wachstums. Die Gewerkschaften leisten da eine Sisyphusarbeit. Sie treten für Atomkraftwerke ein, die eine kurzfristige Arbeitsplatzsicherung für die Zement- und Elektroindustrie bieten – vor allem aber maximale Profite für deren Kapitalisten –, aber nachher trotz Energievermehrung keinesfalls mehr Arbeitsplätze mit sich bringen. Im Gegenteil, das Mehr an Energie kann durch Anschaffung neuer energiefressender Maschinen wiederum zur Reduktion von Arbeitsplätzen führen. Das Dilemma der Arbeitsplätze, das seine grösste Pervertie-

tung in der Rüstungsindustrie findet, kann nicht durch unbesehenes Wirtschaftswachstum aufgehoben werden. Arbeitsplätze können unter Ausnutzung moderner technischer Einrichtungen auch in der Weise geschaffen werden, dass sich die Arbeitenden zum Teil besser selbstversorgen können und nicht von in Supermärkten gestapelten Waren abhängig werden.

Selbstverwaltung und Selbstversorgung bei ausreichender Versorgung und Reduktion unsinniger Luxus- und Konsumprodukte ist ein Ziel, zu dem sich die Parteien nicht eindeutig bekennen können. Und zwar deswegen, weil unter den Zwängen der kapitalistischen Wirtschaftsmächte die Parteien und die Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Aufteilung des Mehrwerts selbstverständlich die unmittelbaren Interessen der Massen, die sie repräsentieren, wahrnehmen müssen. Diese unmittelbaren Interessen sind aber bereits teilweise von der Macht so manipuliert, dass Konsumwünsche, die sich gegen ein kreatives menschliches Zusammenleben richten, ebenso berücksichtigt werden müssen wie Interessen der Verteidigung des errungenen Lebensniveaus und seiner dauernden Verbesserung. Hier fällt es vor allem den Gewerkschaften, aber auch den kommunistischen Parteien und erst recht den Sozialdemokraten, ausserordentlich schwer, ihr sozialistisches Endziel, ja sogar ihr Parteiprogramm im Bewusstsein ihrer Mitglieder und Anhänger so zu verankern, dass die ständige "Vergrösserung des gemeinsamen Kuchens der Wirtschaft" in Frage gestellt werden kann. Das ist in der Praxis immer wieder in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der Kommunalpolitik wie der Landespolitik nachweisbar.

Auch hier muss die Parteigrenze überschritten werden. Diese sozialistischen, emanzipatorischen Ziele können nicht mehr mit der praktischen und täglichen Politik, in die die Parteien unserer politischen Landschaft gezwungen sind, verwirklicht werden. Dazu braucht es Menschen, die wohl in diesen Parteien verankert sind, mit ihnen solidarisch handeln, aber weit über sie hinaus Gemeinschaften bilden, die in sich selbst, in ihrer Umgebung und darüber hinaus fähig sind, etwas von dieser Verwirklichung vorauszuleben und sich mit diesen Zielen restlos zu identifizieren, d.h. Theorie und Praxis in allen Lebensbereichen zu vereinen, wie es in Parteien nicht möglich ist.

3. Die nicht-emanzipatorische Organisationsform

Die Grundlage jeder Organisation, die sich eine Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse im Sinne der Emanzipation des Menschen zur Aufgabe gestellt hat, ist die Solidarität. Ohne solidarisches Zusammenwirken aller Kräfte kann die Macht, können deren vielfältige Mittel der Machtausübung und Unterdrückung weder erfolgreich bekämpft noch erschüttert oder gar gestürzt werden. Das gilt für den wirtschaftlichen und für den staatlichen Bereich.

Im wirtschaftlichen Bereich sind es die Interessenverbände, die sich trotz widerspruchsvollem Konkurrenzverhalten einig gegen die aufkommende Gegenmacht

sind. Dazu kommt die zunehmende Konzentration der Kapitalmacht und Verfügungsgewalt und die Ausnutzung des Staatsapparates für die Durchsetzung der eigenen Profitziele und zur Unterdrückung des Widerstandes. Während in der Wirtschaft eine eiserne, eindeutige, von oben nach unten wirkende Hierarchie, die keinerlei autonome demokratische Lücken offenlässt, herrscht, können sich die bürgerlichen politischen Parteien aufgrund der historischen Traditionen und unter dem Druck der von ihnen selbst mit sozialen Versprechungen mobilisierten werktätigen Anhänger eine solche Diktatur nicht leisten. Die Parteivorstände sind zwar weitgehend allmächtig, doch nicht unbedingt vor "demokratischen Auswüchsen", vor dem Unwillen und dem Widerstand eigener Anhänger geschützt. In der Wirtschaft kann man unter Androhung der Existenzvernichtung, der Entlassung oder Betriebsschliessung befehlen. Im Parteienbereich muss man die Gefahr des Mitgliederschwunds, der sinkenden Wählerzahl solange in Betracht ziehen, wie man noch freiwillig oder unter dem Druck der Gegenmacht demokratische Formen anwenden oder wenigstens eine demokratische Fassade aufrechterhalten will.

Doch werden auch reaktionäre Klischees und Vorurteile, überholte Traditionen, rückständige und mit allen Mitteln der Manipulation gepflegte Anschauungen zur Erhaltung des Einflusses, zur Sicherung der Massenbasis eingesetzt. Die modernsten Werbemethoden werden ebenso angewandt wie religiöse Glaubenssätze und Formen, supernationale und patriotische Kostümierungen. Nur in diesen letzteren Formen klingt noch die allerdings pervertierte Gemeinschaft von Menschen, die einander helfen, an. Solidarität gleicht dann "Schutz der Heimat vor Überfremdung", Menschlichkeit und Humanismus gleichen dann "Schutz des ungeborenen Lebens" – gegen die Selbstbestimmung der Frau, gegenseitige Hilfe heisst dann "Rotes Kreuz" zur Linderung der von den eigenen Waffenfabrikanten geschlagenen Wunden, Asylrecht zugleich für Faschisten und Flüchtlinge aus solchen Ländern, die sich befreien.

Alle diese Mittel, sei es der absolut autoritären Betriebsführung und Wirtschaftsdiktatur oder der manipulativen scheindemokratischen und pseudohumanistischen bürgerlichen Parteien, sind für die Gegenmacht nicht anwendbar. Sie kennt nur eine Waffe: die Solidarität, und nur ein Mittel, diese zu entwickeln und zur Kraft des Widerstandes zu entfalten: die Demokratie, die volle Mit- und Selbstbestimmung ihrer Mitglieder und all derer, die die Macht der Herrschenden einschränken und brechen wollen.

Im wirtschaftlichen wie im politischen Bereich, besonders unter den Bedingungen der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung, ist aber der Gegner nur dann bereit, Konzessionen zu machen, auf Privilegien zu verzichten und seine Willkür rechtlich einschränken zu lassen, wenn ihm gegenüber eine starke, zielgerichtete Organisation auftritt, die über disziplinierte Anhänger verfügt. Eine Einheit des Handelns kann durchaus das Resultat einer ständigen, auf voller Mitbestimmung und Diskussionsfreiheit beruhenden Organisationsform sein. Auch hat sie sich

nicht "allgemein" und für lange Zeit, sondern in konkreten Konflikten und Konfrontationen mit dem Gegner zu bewähren. Die Partisanen, die in kleinen Gruppen bewaffnet sind, verfügen über eine Autonomie (schon durch ihre Bewaffnung), die nur in einer allgemein anerkannten Koordination ihre selbst bestimmten Aufgaben erfüllen kann (nicht wie in einer Armee von oben nach unten). Trotzdem beginnt hier Versuchung und Gefahr der Anwendung der gleichen Mittel, die der Gegner benutzt, nicht nur gegen diese, sondern auch gegenüber den eigenen Anhängern. Das heisst Manipulation, Einschränkung der innergewerkschaftlichen und innerparteilichen Demokratie, Vollmachten für obere Spitzen und Verhandlungsdelegationen ohne genügende Rückkoppelung zur Basis. So ist die herrschende Macht in der Lage, partiell und in der Tendenz wachsend Organisationsformen und -methoden der Gegenmacht zu beeinflussen und soweit zu bestimmen, dass aus der Gegenmacht, mit der man rechnen und Verträge abschliessen muss, Sozialpartner werden und Konkordanz eingeübt werden kann. Dadurch wird die Gegenmacht nicht nur geschwächt, sondern sogar unter ihren eigenen Anhängern unglaubwürdig.

Mit der Leninschen Parteitheorie glaubten wir, das Mittel in der Hand zu haben, durch demokratischen Zentralismus das Abgleiten in diesen Opportunismus, in diesen "Arbeitsfrieden", die das gesellschaftliche Ziel der befreienden Veränderung verblassen lassen, zu verhindern. Wir müssen aber feststellen, dass die "eiserne Disziplin", dass das Delegationssystem mit den entsprechenden Vollmachten für die einmal gewählten Instanzen, dass die rigorose, zum Dogma erstarrende "Linie der Partei" gerade die Kräfte der Veränderung lahmlegt, deren Entfaltung die Voraussetzung für die Verwirklichung der Emanzipation darstellt. Noch mehr: diese Lahmlegung verhindert das Vor-Leben, die Antizipation, die Vorausnahme und damit die Einübung eines Verhaltens, das dem fernen Ziel entspricht. Hier muss nüchtern festgestellt werden: die überkommenen Parteiorganisationen und erst recht die zur Herausbildung einer wirkungsvollen Gegenmacht unabdingbaren Gewerkschaften schränken die Möglichkeiten der Demokratie und Selbstbestimmung, die sie auf ihre Fahnen geschrieben haben, "unter dem Zwang der Verhältnisse", das heisst aus den oben dargelegten Gründen, selbst ein. Demokratie im Zentralismus, wie er gegenüber der zentralisierten Macht auftritt und auftreten muss, wird illusionär. Gewiss gibt es statutarische Mittel, den Prozess zu hemmen, aber hier zeigen sich die Grenzen, die die Parteiorganisation der Befreiung, der Erreichung einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft setzt.

Die Notwendigkeit von Parteien in dieser Gesellschaft, um die Not zu wenden, ist unbestritten. Die Erkenntnis ihrer Grenzen aber bedeutet, sie als ein – sehr wichtiges – Arbeitsfeld im bewussten Prozess der revolutionären Veränderung der Gesellschaft selbst zukunftsweisend zu verändern. **Ein** Arbeitsfeld! Ausserhalb dieser Parteien, auch ausserhalb der Gewerkschaften, sind zahlreiche Menschen, die nicht nur durch Einbeziehung in die Organisationen, sondern auch unabhängig davon in diesem Prozess unverzichtbare Kräfte darstellen.

Auch eine "akut revolutionäre" Situation, wie sie Lenin 1917 nicht nur vorgefunden, sondern mit vorbereitet und beeinflusst hat, wird nur dann voll ausgenützt werden können, wenn die unorganisierten Massen mitgehen. Das ist für jeden Kommunisten eine Selbstverständlichkeit. Deswegen lehnen wir Kommunisten Putsche, rein militärische Aktionen und individuellen Terror ab.

Wir müssen aber im langandauernden, weltweiten und alle Schichten erfassenden revolutionären Prozess auch handeln in **nicht**-revolutionären Situationen. Da genügt keineswegs die "schlagkräftige Kampfpartei", die letzten Endes immer eine Sekte ist oder nach anfänglicher Breitenwirkung wieder in eine winzige Schar zurücksinkt.

Es wäre jedoch falsch, hier auf die Theorien über die "revolutionären Unorganisierten" zurückzukommen. Angesichts all des Unverständnisses, das in der organisierten Arbeiterschaft gegenüber der autonomen Frauenbewegung und heute auch der neuen Jugendbewegung als Ausdruck solcher Kräfte vorhanden ist, müssen im Gegenteil Verständnis, Solidarität und eine Koordination mit diesen "Unorganisierten" von seiten der traditionellen Arbeiterbewegung angestrebt werden. Dies gehört zur Aufgabe der fortschrittlichen, sozialistisch ausgerichteten Genossinnen und Genossen innerhalb der Organisationen. Ebenso gehört dazu das Bemühen um die Aufhebung der Widersprüche zwischen Privatsphäre–Beruf –Öffentlichkeit und die daraus folgende direkte oder indirekte Mitwirkung in der Alternativ- und Selbstverwirklichungsbewegung, um deren Erfahrungen im eigenen Lebensbereich zu berücksichtigen.

Der Widerspruch, die Trennung zwischen Privatsphäre–Beruf–Öffentlichkeit ist nicht durch Parteizwang und schon gar nicht durch "Berufsrevolutionärentum" zu lösen. Hier muss eine revolutionäre Infrastruktur aufgebaut werden, die Erkenntnisse und Moral, d.h. gesellschaftliches Wissen und individuelles Verhalten, verbindet und **heute und jetzt** eine vertrauensvolle, beziehungsreiche Umgebung für jeden Einzelnen schafft. Da ist er kein Rädchen mehr, nicht jemand, den "die Partei beauftragt" oder "irgendwo hinstellt", sondern der mitwirkende Mensch mit all seinen Möglichkeiten, an der gesellschaftlichen Veränderung teilzuhaben. Diese ist nicht Zukunft, sondern immer in der Gegenwart verwurzelt, nicht erst "nach der Machtübernahme", sondern sofort realisierbar.

Gewiss, bei Lenin vereinigt in "Was tun?" (1902) der Revolutionär alle drei Lebensbereiche als Einheit. Für Lenin war eine Organisation nötig, die "ihre Mitgliedschaft einengen" sollte auf diejenigen, "die sich berufsmässig mit revolutionärer Tätigkeit befassen". Dabei betonte Lenin, dass es sich um eine Organisationsform und -weise in einem "absolutistischen Land" handle. In den faschistischen Ländern und in Militärdiktaturen gilt dieses Konzept aus "Was tun?" sicher noch – bei uns ist diese "Einengung" längst nicht mehr Programmpunkt. Im Gegenteil. Die Berufsrevolutionäre sind Funktionäre, ja allzu oft Bürokraten geworden, die die Spaltung ihres Ichs in die drei Lebensbereiche ebenso erleben

und ebensowenig überwinden können wie andere Leute. Wer sein Brot zudem in einem kapitalistischen Betrieb verdienen muss, ist dieser Trennung noch viel stärker unterworfen, auch wenn er ein treues Parteimitglied ist und noch auf Lenin schwört.

Die revolutionäre Infrastruktur und die Bildung von kleinen tabulosen Emanzipationsgruppen sind kein Parteiersatz. Sie werden nur indirekt auf parlamentarische und gewerkschaftliche, notwendig zu erfüllende Aufgaben einwirken können. Aber eines können sie auch den sozialistischen und kommunistischen Parteien helfen: mündige, kreative Menschen zu entwickeln, ohne die die Ziele dieser Parteien nie erreicht werden können.

Die Emanzipationsgruppen sind keine Fraktionen und Zellen im Parteisinn. Sie bestehen aus Menschen mit vielseitigen Beziehungen untereinander, die durch Aussprachen und gegenseitige Hilfe das Rückgrat jedes Einzelnen gegen Integrationstendenzen ins kapitalistische Profit- und Konsumleben stärken. Die Gruppen problematisieren die Konzessionen, die "unumgänglich" sind und jeden der drei Lebensbereiche betreffen. Sie stellen Querverbindungen und Koordinationen her, stehen im Kontakt mit den alternativen, selbstverwalteten Einrichtungen und Unternehmungen, helfen diesen und werden im Notfall auch von ihnen "aufgefangen". Die sogenannten "persönlichen" Probleme (Beziehungsfragen, Sexualität) gehören in ihnen ebenso offen und tabulos diskutiert wie die Konflikte im Betrieb und in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. So wird auch die durch die Emanzipationsgruppen allein keineswegs aufgehobene Ungleichheit von Frau und Mann reduziert und die Unterdrückung der Frauen weitgehend durch die Frauen selbst partiell abgebaut.

Vieles läuft schon in dieser Richtung – auch unter Genossen der Partei. Aber – wieviele Kräfte für die Änderung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne liegen noch brach, innerhalb und ausserhalb der Parteien. Welche unerschöpflichen Möglichkeiten der Erschütterung des kapitalistischen Regimes und seiner Lebensformen bieten sich, wenn jeder Einzelne, wo auch immer, mit Phantasie und Lust, gestützt auf **Solidarität** in einem reichen Beziehungsnetz, wirken kann!

Der dritte Widerspruch, den die Parteien nicht aufheben können, ist nur zu lösen, indem sich die Menschen instand setzen, Weg und Ziel, Zweck und Mittel in ständige Übereinstimmung zu bringen und jede Etappe ihrer Menschwerdung, als vorgezogenes, sofort zu verwirklichendes Ziel zu betrachten. Das übersteigt Aufgaben und Möglichkeiten der Gewerkschaften und der Parteien, die im Auftrag ihrer Wähler und Anhänger Teile des Staatsapparates und des staatlichen Lebens mitbeeinflussen und beherrschen wollen. Zur Parteinahme gegen die Unterdrükkung, für die Befreiung genügen die Parteien nicht!

Zitate aus dem reichen Schatz der Klassiker wären reichlich zu finden, um meine Thesen zu stützen. Andere finden auch gegenteilige. Mir lag es daran, die Schluss-

folgerungen aus meiner mehr als 50-jährigen und jetzt noch andauernden Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zu ziehen. Mir liegt daran, dass die Widersprüche erkannt und an ihrer Aufhebung zur Erreichung unserer sozialistischen Ziele hier und jetzt gearbeitet wird. Gehen wir an diese Denk- und Praxisaufgaben, deren Lösung allein die Befreiung der Menschheit aus den von ihr selbst geschaffenen Zwängen und Zuständen möglich macht.

"Zum Beispiel sollten die Genossen ermutigt werden, eigene Wörter für ihre Erfahrungen zu gebrauchen, weil die Gefahr besteht, dass sie mit den von der Partei vorgegebenen Wörtern schon etwas anderes als ihre eigene Erfahrung zum Ausdruck bringen, d.h.: die Partei erfährt immer weniger von den wirklichen Erfahrungen und sieht sich einer Vervielfältigung ihrer irgendwann einmal errungenen Parolen gegenüber, d.h. die Partei verliert den Kontakt, die Wirklichkeit entwickelt sich an der Partei vorbei oder gegen sie. Wer glaubt, dem könne die Partei durch Macht oder Technik oder Klugheit entgehen, der ist ein Idealist."

Martin Walser, Die Gallistl'sche Krankheit (1972)